

Kirche im Sozialismus

Die Freiheit des Glaubens war in der DDR bedroht, weil der Atheismus nach sowjetischen Vorbild die neue Staatsdoktrin war. Die jungen Gemeinden der evangelischen Kirche, die zunächst großen Zulauf hatten, konnten dem Druck der SED nicht standhalten. Eine Klassenkameradin, die nach dem Abitur an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität mit dem Biologiestudium beginnen wollte und auch dort Mitglied der jungen Gemeinde war, beugte sich dem Druck des roten Terrors, weil sie fürchtete, den Studienplatz zu verlieren. Das war 1952. Sie blieb aber Mitglied der evangelischen Kirche. Tatsächlich trocknete die junge Gemeinde allmählich aus. Die FDJ übernahm die Herrschaft.

Die evangelische Kirche war in einer prekären Situation. Sollte sie unabhängig von der politischen Situation auf der Taufe und der Konfirmation beharren und diese mit der sozialistischen Jugendweihe weiterhin als unvereinbar mit der Konfirmation bezeichnen? Ich habe diese Konfliktsituation in der eigenen Familie erlebt. Die Lösung war einfach: Der Konfirmand wurde krank, die Jugendweihe verlief ohne ihn und konfirmiert wurde er auch nicht. Frei nach Mister Peter (Principle) bedeutet das: Wenn Du zwischen zwei Übeln zu wählen hast, dann wähle keines von beiden. Wenn die Menschen dauerhaft unter einem Gesinnungsdruck stehen, werden sie nach Auswegen suchen, um zu überleben. Dieser Weg fördert aber nicht die Zivilcourage und den Mut zum widerständischen Verhalten. Die zweite Diktatur auf deutschem Boden konnte deshalb nur noch den Angepassten eine Zukunft bieten. Die Rechnung der SED ging auf, aber das bürgerliche Rückgrat wurde gebrochen.

Der Atheismus war vom Staat verordnet und die evangelische Kirche musste einen Weg finden, um ihre Existenz auch im Interesse der Christen der DDR zu retten. Die Erwartungen waren hoch. Immerhin gab es ein Sekretariat für Kirchenfragen, besetzt mit einem Staatssekretär als Ansprechpartner für die Bischöfe. Tatsächlich gelang es Bischof Albrecht Schönherr, der das Problem Entchristianisierung in der DDR durch die neue Formel „Kirche im Sozialismus“ zunächst durch Zugeständnisse entschärfte. Die DDR-Führung erklärte Verhandlungsbereitschaft, indem sie die Grenzen der Kirche aufzeigte, und der Bischof verpflichtete sich, die amtierenden Pfarrer zu überzeugen, die Grenzen in ihrer Tätigkeit zu beachten. Das gelang nicht in Neuenhagen, als der Pfarrer Dietmar Linke diese Leitlinie überschritt. Der Bischof legte ihm nahe, sich auf die Vermittlung des Evangeliums zurückzuziehen, um so den mühsam ausgehandelten Frieden zwischen Staat und Kirche nicht zu gefährden. Pfarrer Dietmar Linke beugte sich nicht. In einem derartigen Fall hat der Staat ein Waffenarsenal, das Zersetzung heißt. Es werden üble Gerichte gestreut, die den Ruf des Pfarrers beschädigen und im Gemeindegemeinderat Zweifel an der Glaubwürdigkeit des

Pfarrers aufkommen lassen. So entsteht eine Atmosphäre der Vergiftung, und die Gerüchteküche wabert. Ich selbst habe den Auftritt von zwei Agents provocateurs während einer Lesung mit einem bekannten Schriftsteller in der Kirche in Neuenhagen erlebt, der die DDR schließlich verließ. Es waren zwei laut pöbelnde Männer, die die Lesung zu verhindern suchten. Sowohl der Schriftsteller als auch der Pfarrer wurden so vereckelt, dass sie ihre Berufe nicht mehr wahrnehmen konnten. Das war das Aus. Ein bekanntes Procedere und erfolgreich.

Als ich von der bevorstehenden Ausreise, die eine Ausweisung war, hörte, wollte ich mich von Pfarrer Linke noch verabschieden, verpasste aber den 22. Dezember, seinen Ausreisetermin. Ich war verstört, hilflos und unglücklich. Ich war nicht gläubig, fühlte mich aber allein gelassen. So schrieb ich einen Brief an ihn, schickte ihn aber nicht ab, weil ich seine neue Adresse nicht kannte. Also meldete ich mich telefonisch bei Bischof Schönherr zu einem Gespräch an. Er wohnte unweit von Neuenhagen in einem Nachbarort und empfing mich freundlich. Für den ausgewiesenen den Pfarrer fand er zu meiner Verwunderung keine freundlichen Worte. Das war für mich wiederum ein Grund, das Gespräch so rasch wie möglich zu beenden. Er nahm meinen Brief an Pfarrer Linke entgegen und versprach mir, diesen in Westberlin dem Adressaten zu übergeben. Völlig selbstverständlich gestand er mir, dass er einen Pass hätte, mit dem er ständig ein-und ausreisen, die streng bewachte Staatsgrenze also jederzeit passieren könne. Damit stand er auf der derselben Stufe wie hohe Staatsfunktionäre in der Regierung, in leitenden Positionen in Forschung und Wissenschaft und auch mit Parteifunktionären in der CDU. Letztere durften alle zwei Jahre mit Ehefrau in das westliche Ausland mit harter Währung reisen. Heute nach mehr als zwanzig Jahren der Wiedervereinigung du freiem Reiseverkehr in Europa mag diese Erzählung wie ein Schwank aus Grimm's Märchen erscheinen, über den man nur lachen kann. Für mich waren diese Ungleichheiten in der Gewährung von Freiheiten etwas Ungeheuerliches und Ausdruck einer abgehobenen Schamlosigkeit, die diese Privilegierten nicht empfanden, sondern nur als gerechte Privilegierung für ihre Leistungen entgegennahmen, die doch nur bedeuteten, dass sie das Volk bestohlen hatten. Meine Meinung über die evangelischen Bischöfe, in diesem Fall über Bischof Albrecht Schönherr, hatte sich schlagartig geändert. Sie waren genauso dienende Götzen eines ruchwürdigen Systems wie die SED-Genossen, die sich nur durch die Partei Führungspositionen erobert hatten, wurden aber 1990 in ihren politischen Ausläufern ungerechtfertigt bevorzugt, obgleich sie nur marginale Erfolge in der Wählergunst aufwiesen. *(Immerhin bietet die Landeszentrale bis zum 21. Juni dieses Jahres eine Ausstellung unter dem Titel Horizont und Mitte über Albrecht Schönherr an).* Dieses ungerechte System musste mit allen Mitteln

bekämpft und die Nutznießer an den Pranger gestellt werden. Die Geschichte hat mir recht gegeben: Die Hunderttausende von Ausreisewilligen, die die Botschaften im Berlin und dem Ausland besetzten, untergruben das Ansehen der DDR in aller Welt. Kein Wunder, dass die Kreditzinsen auf 25% stiegen. Griechenland lässt grüßen.

Auf diesem Boden entstand der „Neuenhagener Brief“, für den der damalige Ortsverband der CDU die Verantwortung trägt. Gedankt hat uns das niemand. Das zeigen die Verwerfungen der CDU des Landes Brandenburg noch heute. Parteiausschlussverfahren allein aus parteitaktischen Gründen lösen diese Probleme nicht.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 30. April 2012